

# Der Textilarbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magasinstr. 6/7 II  
Fernsprecher: Königsplatz 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung  
erscheint jeden Freitag  
Telegrammadresse: Textilpraxis Berlin

Vereinzelt seid Ihr nichts — Vereintigt alles!

Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Behms, Berlin D 27  
Magazinstraße 6/7 II (Postfachnummer 5386), zu richten — Besuchs-  
preis nur durch die Post, Vierteljährlich 6 RM.  
Anzeigenpreis 2 Mark für die sechsgehaltene Seite.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

**Inhalt:** Die Textilarbeiter und die Reichstagswahl. — Die Mit-  
gliederbewegung der freien Gewerkschaften 1923. —  
Praxis der Goldbilanzierung in der Textilindustrie. — Der Industrie-  
schutzverband gegen das Washingtoner Achtungsenabkommen. — Der  
Beschäftigungsgrad in der deutschen Textilindustrie Ende Oktober 1924.  
— Frauen-, Jugend- und Betriebsrateteil. — Die Industrie und das  
Dawes-Regime. — Arbeiter, seht euch eure Führer an: — Acht  
kommunistisch — Kapitalistische Widerstände gegen den sozialistischen  
und gewerkschaftlichen Propagandakampf. — Berichte aus Fachkreisen.  
— Literatur. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungs-  
teil: Der verkehrte Korreferent. — „Schmiede“

Bauben und Kassel-Melsungen. Neben den vorstehend verzeichneten  
Wahlkreisen, in denen die Sozialdemokratie mit Hilfe der Textil-  
arbeiterwähler siegreich war, gab es noch eine ganze Anzahl Wahl-  
kreise, die eine starke Minderheit sozialdemokratischer Stimmen, an  
der die Textilarbeitererschaft dieser Kreise hervorragend beteiligt war,  
aufzuweisen hatten.

Wenn nun auch die hier aufgestellte Liste von Wahlkreisen, in  
denen die Sozialdemokratie durch Unterstützung der Textilarbeiter-  
wähler den Sieg davontrug, keinen Anspruch auf Vollständigkeit  
erheben kann, so zeigt sie doch sinnenfällig, welche starke Stütze die So-  
zialdemokratie in der aufgefälligen Textilarbeitererschaft gehabt hat.  
Ganz besonders stolz sind die Textilarbeiter aber, daß sie es waren,  
die die rauhsten Vertreter der deutschen Sozialdemokratie: Bebel,  
Wilhelm Piebtsch, v. Schweiger, Auer, Mitterer, Bloss und Bah-  
teich in den Reichstag gewählt haben. Alle diese Sozialdemokraten,  
von denen heute nur noch Bloss am Leben ist, waren politische Cha-  
raktere und anerkannte Persönlichkeiten, die als Parteiführer Her-  
vorragendes geleistet haben.

Angelehnt an die politische Aktivität der Textilarbeiter, und ob-  
gleich sie tatsächlich in der Lage waren, in bestimmten Wahlkreisen  
das Wahlergebnis auszubringen, zu beeinflussen, bleibt die auf-  
fällige Erscheinung zu konstatieren, daß unter den sozialdemo-  
kratischen Reichstagsabgeordneten nur selten Textilarbeiter sich be-  
fanden. Noch bemerkenswerter aber ist, daß die in den Reichstag  
gewählten Textilarbeiter nicht als Textilarbeiter, sondern als Poli-  
tiker gewählt worden sind. Dies trifft z. B. zu auf die Wahl von  
Harm in Elberfeld-Barmen und Baudert in Weimar. Erst 1912  
zogen die beiden ersten Vertreter des Deutschen Textilarbeiter-  
Verbandes, Sackel für Plauen und Krätzig für Coblenz-Ebersbach, in  
den Reichstag ein.

In der Nachkriegszeit hat sich an dem Verhältnis der Textil-  
arbeiter zur sozialdemokratischen Gesamtpartei nichts geändert. Auch  
in der heute bestehenden Wahlbezirksteilung der Textilarbeiter und  
-arbeiterinnen einen erheblichen Prozentsatz der sozialdemokratischen  
Wähler. Oftmals bilden sie selbst in diesen großen Wahlbezirken,  
genau wie in den Einmannwahlkreisen des alten Deutschland, den  
ausschlaggebenden Teil der Wählerschaft. Zwar bedingt die Ein-  
teilung des Reichs in große Wahlbezirke und die Einführung der  
Listensystem, daß der Einfluß der Textilarbeiterwähler bei den Reichs-  
tagswahlen nicht mehr so deutlich in Erscheinung tritt, wie das unter  
dem alter Wahlssystem der Fall war. Immerhin läßt sich jedoch  
auch hier feststellen, in welchem Verhältnis die Textilarbeitererschaft  
prozentual zur Gesamtarbeitererschaft der einzelnen Wahlbezirke steht.  
Bevor wir einige Beispiele als Beweis dienen lassen, gestalten wir  
uns folgende ergänzende Bemerkung: Da in dem weiter unten an-  
geführten Zahlenmaterial weder die in der Textilindustrie in großer  
Anzahl vorhandenen Heimarbeiter und in Kleinbetrieben Beschäftig-  
ten noch die Arbeiter und Angestellten der Land- und Forst-  
wirtschaft, des Verkehrsgewerbes, des Handlungsgewerbes, des Gast-  
und Schankwirtschaftsgewerbes und des Versicherungsgewerbes ent-  
halten sind, dürfte ein gewisser Ausschlag geschaffen sein und die  
angegebenen Zahlen den tatsächlichen Verhältnisse entsprechen. Nun  
die Beweisführung selbst: Im Wahlbezirk Frankfurt a. O. beträgt  
die Textilarbeitererschaft (der Einfachheit wegen geben wir nur die  
Prozentzahlen an) 27 Proz. der Gesamtarbeitererschaft des Bezirks.  
Für Mittel- und Niedersachsen ist das Verhältnis 14 bzw. 20 Proz.  
Von der arbeitenden Bevölkerung der Wahlbezirke Oberfrankens und  
Schwabens sind 29 bzw. 31 Proz. Textilarbeiter. In der drei säch-  
sischen Wahlbezirke Leipzig, Dresden (Ostschlesien) und Chemnitz-  
Zwickau-Plauen (sächsisches Erzgebirge und Westschlesien) stellt die  
Textilarbeitererschaft 12, 18 bzw. 34 Proz. der gesamten Industrie-  
arbeiter. Der Schwarzwaldbreis und der Donaubreis (beide in  
Württemberg) haben unter den Industriearbeitern dieser Kreise 27  
bzw. 23 Proz. und die Wahlbezirke Thüringen und Oldenburg 15  
bzw. 16 Proz. Textilarbeiter.

Ganz anders dagegen tritt die Bedeutung der Textilarbeiter als  
Reichstagswähler noch in Erscheinung, wenn man einzelne Bezirke  
und Städte näher ansieht. So beträgt z. B. das Verhältnis der  
Textilarbeiter zur gesamten Industrievollziffer in Hohenollern  
42 Proz., in den Reichshauptmannschaften Zwickau, Chemnitz und  
Bautzen 36, 37 bzw. 47 Proz., in Reuß a. O. 64, in Reuß i. L. 37  
und im badischen Wiesental 57 Proz., in 162 kleineren Bezirken  
und Städten schwankt der Anteil der Textilarbeiter an der vor-  
handenen Gesamtarbeitererschaft zwischen 20 und 94 Proz. Sollte der  
neue Entwurf zur Veränderung des Reichstagswahlgesetzes vom  
Reichstag angenommen werden, wird es ungefähr 32 Wahlkreise  
geben, in denen die Textilarbeiterwähler für den Ausfall der Wahl  
maßgebend sein werden.

Nach diesen Angaben ist die Bedeutung der Textilarbeiter als  
Reichstagswähler in die Augen springend. Die Textilarbeiter sind,  
auch unter dem jetzt geltenden nicht gerade vorbildlichen Reichstags-  
wahlsystem, nach wie vor ein ausschlaggebender Faktor bei jeder  
Reichstagswahl. Kein Wunder, wenn sich alle Parteien um deren  
Günst bemühen. Wenn nun, wie nachgewiesen, die Textilarbeiter  
schon von alters her sozialdemokratisch gewählt haben, so muß doch  
festgestellt werden, daß ihr politischer und parteivollständiger Einfluß  
gleich Null ist. Das liegt an der übergroßen Bescheidenheit und  
zurückhaltenden Haltung der Textilarbeiter. Auch bei den diesmaligen  
Wahlen haben die berechtigten Ansprüche der Textilarbeiter auf entsprechende Vertretung  
keine Berücksichtigung gefunden. Die deutschen Textilarbeiter  
werden trotzdem ihrer Vergangenheit treu bleiben und am  
7. Dezember wieder sozialdemokratisch wählen. Sie werden aber,  
weil sie in Wahrnehmung ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen auf eine  
angemessene Vertretung im Reichstag nicht ver-  
zichten können, ihre Ansprüche in Zukunft recht-  
zeitig geltend machen und durchzusetzen wissen.

## Die Mitgliederbewegung der freien Gewerkschaften 1923.

Der rapide Verfall der Währung im Jahre 1923 drückt der  
Jahresstatistik über Umfang und Leistungen der Verbände ihren  
besonderen Stempel auf. Sie gibt kein wirkliches Bild der finan-  
ziellen Leistungen und teilt damit das Schicksal aller Klassen-  
überblicken, die das ganze Jahr umfassen. Die Periode der schwersten  
Inflationstrübsal brachte die Unterstützungsleistungen der Ver-  
bände zum Verfall. Die Beiträge der Mitglieder entwerteten völlig  
auf dem Wege zur Hauptkassette; die in den Kassen selbst angesammelten  
Mittel zerrannen in ein Nichts. Die zur Auszahlung gelangenden  
Unterstützungsbeiträge verloren für den Empfänger jeden Wert. Unter  
diesen Umständen hatte die tatsächliche Einstellung der Unter-  
stützungen, die von den meisten Verbänden erfolgte, für die davon  
betroffenen Mitglieder keine wesentliche Bedeutung. Obwohl die  
ausgehenden Summen die Millionen ausmachten, kommen sie in  
den Jahresabrechnungen gar nicht zur Geltung. Die in der letzten  
Phase des Geldwertungsprozesses eintreffenden Beträge reichten  
nicht hin zur Aufrechterhaltung der Verwaltungen in dem Umfange,  
der eine ordnungsmäßige Führung der Geschäfte verbürgte. Große  
Einsparungen mußten vorgenommen werden. Trotzdem fallen die  
Summen, die für Verwaltungskosten in den letzten Monaten des  
Jahres aufgemeldet werden mußten, in ihrer Billionengröße  
zahlenmäßig so stark ins Gewicht, daß die in den früheren Monaten  
des Jahres gesicherten Ausgaben für Unterstützungen, Lohnbe-  
weigungen, Streiks usw. dagegen ganz unwesentlich erscheinen. Viel-  
fach bleiben sie unter Milliardenbeträge, die zurzeit, als sie geleistet  
wurden, zwar einen hohen Wert hatten, aber gemessen an den  
späteren Billionenzahlen eine falsche Vorstellung ihrer Bedeutung  
erwecken müssen.

Dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund waren am Ende  
des Jahres 44 Verbände angeschlossen gegen 49 im Vorjahre. Die  
Verbände der Glaser- und Töpfer einzeln zum Bauergewerksbund  
über die Hausangestellten schlossen sich dem Verkehrsbund und die  
Schiffzimmerer dem Metallarbeiter-Verband an. Die Poliere zählen  
seit dem 1. Januar 1923 zum AFD-Bunde. Die Filmgewerkschaft  
handelte keine Berichtsbogen ein. Von den Verbänden der Appa-  
tateure, Holzarbeiter, Hotel-, Restaurant- und Cafésangestellten und  
Schweizer wurden keine Angaben über die Kassenzustände ge-  
macht, es stehen von ihnen nur die Mitgliederzahlen vor. Am  
Anfang des Berichtsjahres sind die Appaltateure dem Bauergewerks-  
bund und die Kürschner dem Kleiderarbeiter-Verband bei-  
getreten. Der Verband der Steinseher vermachte sich mit dem Ver-  
bande der Steinarbeiter.

Es betrug die Gesamtzahl der Mitglieder:

am	1923	Abnahme	Proz.	1922	Zu- od. Abn. Proz.
31. März	7 427 688	- 393 920	= 5,0	7 810 133	+ 58 544 = 0,8
30. Juni	7 287 049	- 140 589	= 1,9	7 883 906	+ 73 773 = 0,9
30. Sept.	7 080 059	- 217 990	= 3,1	8 068 638	+ 185 082 = 2,3
31. Dez.	5 749 768	- 1280 296	= 18,8	7 821 558	- 247 380 = 3,1

Wie aus dem starken Rückgang der Mitgliederzahl vom Septem-  
ber auf Dezember ersichtlich, wurde der Mitgliederbestand der Ge-  
werkschaften von der Währungsabstufung hart getroffen, sie brachte

## Die Textilarbeiter und die Reichstagswahl.

Wie wählen die deutschen Textilarbeiter am 7. Dezember?

Für die kommende Reichstagswahl dürfte die Feststellung inter-  
essieren, daß die Mehrheit der deutschen Textilarbeiter schon von je-  
der zu den zuverlässigsten Wählern der Sozialdemokratie gehört.  
In der Vorkriegszeit waren Wahlkreise, denen die Textilindustrie den  
Stempel aufdrückte, sicher Bestands der Sozialdemokratischen Partei.  
Diese geschichtlich feststehende Tatsache verdient erneut in  
Erinnerung gebracht zu werden. Sie ist ein Beweis dafür, daß die  
jederzeit politisch regisamen Textilarbeiter auch überzeugte Anhänger  
der Sozialdemokratie waren. Die Lehre des wissenschaftlichen So-  
zialismus hat bei ihnen schon frühzeitig Eingang gefunden und sie zu  
Vorkämpfern der sozialistischen Weltanschauung gemacht. Als  
geschulte Klassenkämpfer waren sie bestrebt, an der Auflösung der  
privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung durch die sozialistische Wirt-  
schaft mitzuwirken. Als besonderes Ruhmesblatt in der Geschichte  
der Textilarbeiterbewegung verdient hervorgehoben zu werden, daß  
die deutschen Textilarbeiter dem Sozialismus stets die Treue be-  
wahrt haben.

Die bevorstehende Reichstagswahl dürfte für die Textilarbeiter  
viele alte Erinnerungen aus längst vergangener Zeit wecken. Er-  
innerungen an unermüdete Wahlarbeit und Wahlaktion. Er-  
innerungen an Wahlkämpfe und Wahlerfolge. Gleichzeitig dürfte  
aber auch die am 7. Dezember stattfindende Reichstagswahl zu Ver-  
gleichs anregen zwischen einst und jetzt. Diese Vergleiche werden  
zweifellos in jeder Beziehung zugunsten des „Einst“ ausfallen.

Wenn die Textilarbeiter schon lange vor Ausbruch des Krieges  
es verstanden hatten, frühere Wahlkreise zu Hochburgen der Sozial-  
demokratie zu machen, so ist das ein weiterer Beweis für die po-  
litische Reife und Überzeugungsstärke der Textilarbeitererschaft. Darum  
erfreut es angebracht, zu Ruh und Frommen der heutigen Ge-  
neration daran zu erinnern, daß die Textilarbeiter der Sozialdemo-  
kratischen Partei stets die besten Kampfruppen gestellt haben. Unter  
den Wahlkreisen, die mit Hilfe der Textilarbeitererschaft schon früh-  
zeitig sozialdemokratischen Besitz wurden, stehen an erster Stelle die  
Wahlkreise Glauchau-Meerane, Zwickau-Crimmitschau-Berdau und  
Elberfeld-Barmen. Diese drei Wahlkreise, die ausschließlich oder  
doch fast ausschließlich von der Textilindustrie beherrscht werden,  
wurden schon 1867 bei den Wahlen zum Norddeutschen Bundes-  
reichstag von der Sozialdemokratie erobert. Außerdem stellten die  
Textilarbeiter auch noch in den Wahlkreisen Chemnitz, Leipzig-Land  
und Söllberg-Schwebera, die 1867 der Sozialdemokratie gleichfalls  
zufielen, ein starkes Kontingent der abgegebenen sozialdemokratischen  
Stimmen. Von diesen Wahlkreisen blieben Glauchau-Meerane,  
Elberfeld-Barmen und Zwickau-Crimmitschau-Berdau fast ununter-  
brochen im Besitz der Sozialdemokratie. 1874 bzw. 1877 werden die  
fast ausnahmslos von Textilarbeitern bewohnten Wahlkreise Witt-  
weiden-Grimbach, Reichenbach-Rirschberg-Auerbach und Reuß a. O. von  
der Sozialdemokratischen Partei gewonnen und fast bei jeder Wahl  
der Partei erhalten. Auch der Wahlkreis Reichsbach-Neurode wird  
1877 erfindlich, wenn auch nur vorübergehend, von der Textil-  
arbeitererschaft dieses Kreises für die Partei erobert. Zu diesen Kreisen  
famen dann bei späteren Wahlen noch die gleichfalls mit Textilindus-  
trieller Bevölkerung stark durchsetzten Kreise Strauß-Forst, Cobus-  
Spremborn, Hof, Banreuth, Erlangen-Fürth, Zittau, Coblenz-Ebers-  
bach, Meissen-Großhain, Annaberg-Eibisfeld, Plauen und Reuß  
jüngere Linie. Wer die wirtschaftliche Struktur aller hier genannten  
Wahlkreise kennt, wird zugeben müssen, daß die Mehrheit der  
proletarischen Wähler dieser Kreise Textilarbeiter waren. Außer-  
dem waren die Arbeiterwähler folgender, von sozialdemokratischen  
Abgeordneten vertretenen Wahlkreise zu einem erheblichen Teil  
Textilarbeiter: Potsdam-Osthavelland, Brandenburg-Westhavelland,  
Jüterbog-Luckenwalde-Zauch-Bezig, Grünberg-Freibstadt, Gütlich-

## Ein verkehrter Korreferent.

Bis vor kurzem war ich ein leidenschaftlicher Feind des Telephons.  
Hätten meine Gegner (jeder ehrliebe Mensch hat solche) von dieser  
meiner Leidenschaft Kenntnis gehabt, so hätten sie mich durch häufigen  
Anruf in die Wüste treiben können. Es war. Es ist nun anders  
geworden. Seit dem 4. November 1924 bin ich zu der Überzeugung  
gekommen, daß das Telephon doch sein Gutes haben kann. Also aus  
dem Telephon-Saulus ist ein Telephon-Paulus geworden. Wie kam  
das? In Krefeld hatten unsere Textilarbeiter wieder einmal ernste  
Differenzen mit den Unternehmern. Der Zentralvorstand dirigierte:  
Sepp! Fahr hin. Gehorsam, wie ich einmal bin (war nämlich drei  
Jahre Bizegfreieranwärter beim Militär), dampf ich ab. Auf der  
nächsten Fahrt denk ich an das „rheinische Mädchen und den rhei-  
nischen Wein“. Da die Journalisten über beides am besten Bescheid  
wissen laufe ich in der Krefelder Redaktion auf. Ehe  
ich sonderieren kann, gehts los. Krrrrr! Mein alter Freund Her-  
mann, die Hörerugel an die Ohrschale, beginnt zu stöhnen.  
Neugierig, wie Sungengefallen einmal sind, greife ich zum anderen  
Hörrohr. Vernehme nun folgendes:

„Hier ist Duisburger SPD. Heute abend ist hier öffentliche Textil-  
arbeiterversammlung. Zu unserer Verwunderung haben wir heraus-  
gebracht, daß 600 Textilarbeiter in Duisburg sind. Ein Bezirksbun-  
de von Duisburg soll reden. Vermutlich wird der Bruder auch etwas  
vom Dames-Gutachten erzählen wollen. Schickt uns einen ge-  
liebten Genossen nach hier, dann wollen wir dem Referenten ein-  
mal fest ans Leder gehen.“ Als Hermann tröhlich zumitmeren ins  
Telephon ruft: „Bravo, wird besorgt“, überlege ich erst, ob ich lachen  
oder heulen soll. Hermann sieht doch zu vernünftig aus, als daß er  
Beziehungen zu den Komintern haben soll.

„Die Berliner Luft scheint deinem rheinischen Biß geschadet zu  
haben, darum lasse dich behören. Nimm einen patenten Krefelder  
mi, der imstande ist, eine halbe Stunde mit dummem Gerede zu  
reden, ohne etwas zu sagen und dabei einige trübselige Bemerkungen  
über Bonzen und Sozialverräter einfließen lassen kann. Die Duis-

burger SPD hat sich nämlich in der Telephonnummer geirrt und  
uns für die andere Fakultät gehalten.“

Harry scheint mir der geeignete. Er redet sonst sehr gut und ge-  
scheit, aber warum soll er's nicht auch anders können. Vor dem  
Versammlungstisch in Duisburg gehen wir in einiger Entfernung  
auf und ab und schauen uns die Versammlungsgeschehnisse aus der  
Ferne an. Es dauert nicht lange, so meint unser Harry: „Ich lasse  
mich fressen, wenn das feiner von der Gesellschaft ist, so fanatisch  
schaut nur ein SPD.“ Und richtig. Harry zog eine kommunistische  
Zeitung (sie war allerdings schon mehr als einen Monat alt) aus  
der Tasche und bewafrnet mit dieser, stellte er sich dem hocherfreuten  
Kommunisten vor. Nach dem Referat, in dem die Kommunisten  
nicht gut wegkamen, redete Harry. Wenn man die Schimpfstellen  
aus einer Rede wegnimmt, kann's wirklich kein Mensch aus den Aus-  
führungen irgendwelche kommunistischen Tendenzen herauslesen. Im  
Gegenteil, er redete davon, daß die Arbeiterdamen schlechte Kerle seien,  
weil sie in der Beurteilung der Kommunisten nicht berücksichtigen,  
daß die meisten Kommunisten in der gewerkschaftlichen Arbeit noch  
unerfahren seien und es sei noch kein Meister vom Himmel gefallen.  
Wenn die Beirzeit einmal überstanden, dann wollten die Kommuni-  
stisten gerne die ganze Gewerkschaftsleitung übernehmen. Trotz dieser  
schlechten Zensur stichteten die vier am Tisch unseres „Kommunisten“  
Harry sitzenden SPD-Deute wie wahnsinnig Beifall. Harry zwinkerte  
mir über die Tisch herüber mit den Augen, als hätte er sagen wollen,  
diesen dummen Teufeln kann ich alles erzählen. Als nun Harry in  
der Diskussion heftig zugesetzt wurde, mußte er auf Veranlassung  
der Bier nochmals das Wort nehmen. Was er jetzt verappte, hätte  
sich ein weltfremder Säugling stutzig machen müssen. Aber, lere  
Wir waren immer noch begeistert über die schöne Rede ihres Kor-  
referenten. Erst als vom Vorstandstisch der wahre Sachverhalt unter  
braufendem Getöse aufgedeckt wurde, kriegten unsere vier rote  
Köpfe. Aber erst als Harry dem Referenten zurief: „August, die  
wollen immer noch nicht ablassen, daß sie auf die Nase gefallen sind“,  
ging den Bierern ein Seufzieder auf. Sie stritten nun ganz falk-  
schändlich ab, irgendetwas mit der Herbeirufung eines Kommunisten  
aus Krefeld zu tun zu haben.

## „Schmiede.“

Der Film als Propagandamittel für den Achtstundentag.  
In den Lichtspieltheatern Berlins läuft jetzt der erste proletarische  
Großfilm über die Weinwand. Lange Zeit hat es gedauert, bis  
sich ein Filmunternehmen gefunden, das endlich einmal die raue  
Wirklichkeit des proletarischen Existenzkampfes auf die Leinwand  
bringt. Reaktionsären Kreisen war es von jeher ein leichtes, den  
Film als Propagandamittel für ihre Zwecke zu benutzen. Es ist  
daher zu begrüßen, daß es unter der Regie des Genossen Martin  
Berger gelungen ist, ein solches Werk wie die „Schmiede“ zu schaffen.  
Im Mittelpunkt der Handlung steht die Belegschaft eines großen  
Betriebes. Der Drang, ein menschenwürdiges Dasein führen zu  
können, führt zu Konflikten mit der Betriebsleitung. Kleine Teil-  
streiks in den einzelnen Abteilungen bringen nicht den gewünschten  
Erfolg. Not und Sorge in den einzelnen Familien steigert sich ins  
Unträgtliche. Durch dieses wird der Kampfswille in der ganzen  
Belegschaft entfacht. Die verschiedensten Szenen und Begebenheiten  
aus einem heldenhaften Kampf einer um bessere Arbeitsbedingungen  
ringenden Arbeitererschaft entrollen sich vor dem Auge des Zu-  
schauers. In geschickter Weise hat es der Regisseur verstanden, den  
Gegensatz der Lebensweise des Unternehmertums und seiner Gefolgs-  
schaft und der tagtäglich schufenden deutlich hervorzuheben. Nach  
jähem Kampf ist der Sieg auf Seiten der gut organisierten Arbeiter-  
schaft, die von neuem den großen Wert des Zusammenstehens in  
ihrer Berufsorganisation erkannt hat. Abendlich, wenn am  
Schluß vom Orchester her die Klänge der „Internationale“ erklingen,  
stimmen Tausende von Besuchern begeistert mit ein.  
Möge nun der Film, der uns den alten Gedanken der organisierten  
Arbeitererschaft in neuer Gestalt vor Augen führt, überall in unserem  
deutschen Lande gezeigt werden. Er ist in diesen Tagen, wo die  
gesamte Arbeitererschaft nichts mehr beweist, als der Kampf um  
den Achtstundentag, doppelt am Platze. Möge er aber auch, durch  
seine, getreu die raue Wirklichkeit wiederpiegelnden Szenen, den  
Begnern des Achtstundentages die Augen öffnen und sie überzeugen,  
daß der Arbeiterkampf nach achtfundiger angestrengter Tätigkeit  
hinter Fabriktüren Zeit für Ruhe und Erholung zu gönnen ist.

einen Verlust von 1 289 296 Mitgliedern. Allerdings ist eine rückläufige Bewegung der Mitgliederzahlen schon seit dem dritten Vierteljahr 1922 festzustellen. Sie hängt zusammen mit der von diesem Zeitpunkt an schon einsetzenden Wirtschaftskrise, die sich immer mehr verschärfte, und schließlich in der Währungskaustrophe mündete, die das Wirtschaftsleben hart an den Abgrund drängte. Die Verluste vom September 1922 bis Ende des Jahres 1923 sind gekennzeichnet durch wachsende Beschäftigungslosigkeit. Nach der amtlichen Arbeitslosenstatistik waren von je 100 der an der Berichterstattung beteiligten Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos im Jahre 1922: September 0,8, Dezember 2,8, im Jahre 1923: März 5,6, Juni 4,1, September 9,9, Dezember 28,2. Parallel mit diesen Zahlen lief die Kurve der Kurzarbeit. Im September 1922 hatten von je 100 Mitgliedern 2,6 keine volle Beschäftigung, im gleichen Monat des Jahres 1923 39,7. Für die weitere Ausdehnung der Kurzarbeit bis Ende des Jahres liegen zuverlässige Angaben mangels unvollständiger Berichterstattung nicht vor. Zweifellos ist sie bis Ende Dezember noch weit über den Stand im September geblieben. Es ist eine alte Erfahrung, daß Zeiten niedrigerer Konjunktur ungünstig auf die Gewerkschaftsbewegung einwirken. Aber auch das widersinnige Treiben der Kommunisten mußte zum Verlust an Mitgliedern beitragen; sicherlich ist der Rückgang der Bewegung durch ihre gewerkschaftsfeindliche Haltung erheblich verschärft worden. Ingesamt verlor der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Laufe des Jahres 1923 2 073 795 Mitglieder (darunter die Hälfte, die jetzt zum IFA-Bund zählen) gleich 26,5 Proz. des Bestandes vom Ende 1922. An diesem Verlust sind alle Verbände beteiligt. Für den Verband der Schweizer konnte eine Feststellung nicht gemacht werden, da eine genaue Angabe über die Mitgliederzahl am Ende des Jahres nicht vorliegt. Die hier angegebene Endzahl von 1922 weicht gegen die in der vorjährigen Statistik verzeichneten um 86 975 ab. Abgesehen von sonstigen Berichtigungen ist diese Differenz zurückzuführen auf die Ausschreibung von 67 495 Mitgliedern mit Bismarckcharakter, die nach dem zwischen dem ADGB und dem Allgemeinen Deutschen Brauereibund getroffenen Abkommen jetzt zu den letzteren zählen. Es kommen dabei sechs dem ADGB angeschlossene Verbände in Frage, die solche Mitglieder haben.

Am Jahresdurchschnitt tritt der Verlust an Mitgliedern nicht so stark wie bei den Endzahlen hervor. Es hatten die Verbände im Durchschnitt des Jahres 1923 insgesamt 5 278 202 männliche, 1 526 155 weibliche, 263 801 jugendliche, zusammen 7 068 158 Mitglieder. Die Gesamtzahl verminderte sich gegen das Vorjahr um 831 907 gleich 10,5 Proz. In diesem Verlust sind einschließen die Verbände, die zum IFA-Bund zählen und die Mitglieder, die dem ADGB angeschlossene sind. Von den an der Statistik beteiligten Verbänden hatten im Jahresdurchschnitt 14 über 100 000, 9 über 50 000 bis 100 000 und 20 unter 50 000 Mitglieder.

Der nach dem Jahresdurchschnitt berechnete Mitgliederbestand der vier größten Verbände gestaltete sich in den letzten Berichtsjahren wie folgt:

	1923	1922	1921	Zu- oder Abnahme von 1922 auf 1923	Proz.
Metallarbeiter	1 543 493	1 617 496	1 563 895	- 73 999	- 4,6
Textilarbeiter	689 505	704 852	689 914	- 15 887	- 2,2
Küchlerarbeiter	674 849	723 091	688 204	- 47 782	- 6,6
Baugewerksb.	526 003	529 423	470 255	+ 2 417	+ 0,5
Verkehrsbund	499 869	560 433	571 080	- 60 570	- 12,3
Holzarbeiter	422 373	416 492	375 190	+ 5 911	+ 1,4
Verkehrsbund	372 634	422 172	459 270	- 49 888	- 11,7
Eisenbahner	367 792	442 089	430 508	- 74 290	- 16,8
Gemeinde u. Staatsarb.	252 590	282 905	291 776	- 80 405	- 10,7
Sandarbeiter	237 714	553 804	633 414	- 818 150	- 57,3
Weiblich. Arb.	141 833	152 200	133 688	- 10 897	- 6,8
Schuhmacher	109 119	111 950	95 278	+ 2 836	+ 2,5
Tabakarbeiter	104 993	126 998	123 719	- 21 995	- 17,8
Simmerer	104 126	102 092	89 503	+ 2 034	+ 2,0

Die vorstehend aufgeführten Verbände vereinigten 1923 auf sich 6 046 359 = 85,6 Proz. der Gesamtzahl.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder ging gegen das Vorjahr um 161 635 = 9,6 Proz. zurück. Diese Abnahme ist nicht so stark wie bei den männlichen Mitgliedern, wo sie 12,3 Proz. ausmachte. Der Anteil der weiblichen Mitglieder an der Gesamtzahl beträgt 21,6 gegen 21,4 im Vorjahr. Bei acht Verbänden überwiegt die Zahl der weiblichen die der männlichen Mitglieder. Es sind das die folgenden Verbände, die das beigefügte Mitgliederverhältnis aufweisen:

	Mitglieder insgesamt	haben weiblich	Proz.
Bekleidungsarbeiter	141 833	88 996	62,7
Buchbinder	87 976	63 877	72,6
Chorführer	3 991	2 339	58,8
Graphische Hilfsarbeiter	44 730	30 007	67,3
Hutmacher	26 958	19 164	71,1
Kürschner	11 042	7 028	63,6
Tabakarbeiter	104 993	84 765	80,7
Textilarbeiter	689 505	461 969	67,0

Die jugendlichen Mitglieder weisen im Jahresdurchschnitt gegen das Vorjahr eine Vermehrung um 89 813 auf. Das ist aber ohne Zweifel nur auf eine bessere Auszahlung der Jugendlichen zurückzuführen. Die nachgemessene Zahl ist noch nicht als vollständig anzusehen, weil einzelne Verbände die Jugendlichen noch nicht getrennt angeben konnten.

Der starke Verlust an Mitgliedern, den die Gewerkschaften im Herbst 1923 erlitten, zeigt nicht gegen ihre Lebensfähigkeit. Es war die Folge eines Schlags, der die ganze Volkswirtschaft lähmte. Gleich der Blutlauf des wirtschaftlichen Körpers, so müssen alle seine Teile davon betroffen werden. Die Gewerkschaften sind aber ungemein wichtige Bestandteile der Wirtschaft. Ein völliges Verfall der organisierten Arbeiterarmeen ist undenkbar, solange eine kapitalistische Produktion besteht. Mögen arbeiterfeindliche Kreise aus dem Mitgliederverlust der Gewerkschaften die Hoffnung auf ihren völligen Zusammenbruch schöpfen, sie werden diese Hoffnung wieder begraben müssen. Mit dem Aufstieg der deutschen Wirtschaft wird es auch wieder aufwärts gehen mit den Gewerkschaften.

(Aus dem Jahrbuch des ADGB.)

### Preis der Goldbilanzierung in der Textilindustrie.

Die deutsche Textilindustrie hat vor dem Kriege mit einem verhältnismäßig niedrigen Aktienkapital gearbeitet. Im allgemeinen lag dieses zwischen 1 bis 5 Millionen, in den meisten Fällen um 3 Millionen Friedensmark. Ein Aktienkapital von 22,5 Millionen wie bei der Norddeutschen Zellulosefabrik oder von 12 Millionen wie bei der Schür u. Co. waren 1913 Ausnahmefälle. Selbst der heutige Textilkapitalfaktor Hammer (19,3 Goldmark) konnte vor dem Kriege nur 4,5 Millionen Friedensmark aufweisen. Natürlich zwang die Inflation zu einer ausgeschütteten Kapitalvermehrung. Fälle wie die Hammernspinnerei Schoeller-Götter A.-G., die ihr Friedenskapital (6,1 Millionen) während der Inflation um auch nach der Umstellung beibehalten konnte, sind in der Textilindustrie nicht so häufig als in anderen Industrien. Dagegen haben die meisten Gesellschaften stark ihr Kapital erhöht, z. B. die Mech. Weberei Bünden (von 4,5 auf 102 Millionen) und die Rheinische Wäbelei A.-G. (von 1,4 auf 63,2 Millionen).

Nach der „Verordnung über Goldbilanzen“ vom 28. Dezember 1923 haben die deutschen Erwerbsgesellschaften (Aktiengesellschaften,

Kommanditgesellschaften usw.) nun die Pflicht, das Inventar und die Bilanz in Goldmark umzustellen. Diese Verpflichtung bedeutet die Liquidation der Marktwertminderung. In diesem Vorgang ist der Arbeitnehmer, wie wir zeigen werden, mehr interessiert als man allgemein annimmt.

Um uns ein Bild darüber zu machen, wie dieser wichtige Prozeß der Umstellung von Papiermark auf Goldmark in der Textilindustrie vor sich geht, stellen wir einmal eine Reihe der bis jetzt veröffentlichten Goldbilanzen zusammen. Wir beschränken uns der Einfachheit halber auf solche Gesellschaften, deren Aktien an der Berliner Börse amtlich notiert werden. Es ergibt sich folgendes Bild:

	I. Friedenskapital.	II. Goldmarkkapital. (in Millionen)	III. Papiermarkkapital.
Bamberger Kaffee	—	0,8	20,0
Bremer Wollspinnerei	5,0	10,0	10,0
Chem. Aktienspinnerei	1,8	3,0	50,0
Deutsche Fute	2,29	2,48	18,6
Eringer Baumwollspinnerei	2,6	6,5	65,0
Falkenstein Gardinen	2,3	5,8	29,0
Gebhardt u. Comp.	4,75	4,4	44,0
Gladbacher Textil	1,7	1,5	30,0
Hammer	4,5	19,3	95,5
Mech. Weberei Bünden	4,5	6,8	102,2
Plauener Gardinen	1,4	1,8	18,0
Rhein. Wäbelei	1,4	1,58	63,2
Schleif. Pelinen	7,5	7,476	74,76
Schleif. Textilwerke	6,25	8,8	88,00
Schoeller-Götter	6,1	6,1	6,1

Die von uns angezogenen 15 Gesellschaften hatten ein Friedenskapital (Spalte I) von 52 Millionen (genau 52,09). Dieses Kapital wurde auf 715 Papiermark (genau 715 16) veräußert. Durch Wüstenpung und Zusammenlegung der Aktien hat man dieses Papiermarkkapital auf rund 86 Goldmark (genau 86 336) umgestellt. Ob der Umstellung in der Textilindustrie ein einheitlicher Beschluß zugrunde liegt, wie in der Brauerei, der Bank, der chemischen und der westfälischen schweren Textilindustrie, ist nicht bekannt. Vorzugsweise ergibt sich ein Zusammenlegungsverhältnis der Aktien von 10 : 1. Dies ist, z. B. bei den Schleifischen Werken, bei der Plauener Gardinen A.-G., bei Gebhardt, bei der Eringer Baumwollspinnerei wiederkehrende Verhältnisse. Sie sind vielfach aus partiellen Abmachungen über die zukünftige Dividendenpolitik erklärbar. Im übrigen weist das neue Goldmarkkapital (Spalte II) eine Steigerung von 34 Goldmark (gegenüber dem Jahre 1913 gleich 65 Proz. (genau 65,33 Proz.) auf.

Von den an der Berliner Börse überhaupt notierten Aktiengesellschaften haben bis jetzt mehr als 280, d. h. mehr als ein Drittel ihre Goldumstellung vollzogen. Diese Umstellungen ergeben eine Erhöhung des Friedenskapitals umsehr um 15 bis 20 Proz. Das neue Textilkapital wird also verhältnismäßig hoch liegen, ohne natürlich der Wirklichkeit zu entsprechen, die höhere Ziffern ergeben müßten.

Ganz verkehrt ist es also, annehmen zu wollen, daß diese Vermehrung der Substanz in der Steigerung des Goldkapitals um 65 Proz. zum Ausdruck kommt. Das wäre der Fall, wenn die Goldbilanzierung in der Art zustande gekommen wäre, indem man Schulden und Vermögensgegenstände und den überstehenden Betrag als neues Goldkapital bezeichnet hätte. So hätte man ein klares Bild über die Substanzvermehrung erhalten. Das ist allgemein und auch in der Textilindustrie nicht geschehen. Vielmehr wurde das neue Goldmarkkapital durchweg nach dem zukünftigen Ertrag (Rentabilität) bestimmt. Bei ungenügender Rentabilität ist es sich also nicht um Vermögens- (Substanz-) Feststellungen, sondern um Rentabilitätsberechnungen, also um ausgeprobenes Dividendenpolitik. Ohne Zweifel ist die Substanzvermehrung, selbst bei Hammer, wo eine 400prozentige Kapitalerhöhung ausgemessen wird, recht bedeutend und viel größer als die Umstellung vermuten läßt. Sie blieb aber unberücksichtigt. Dabei war der Geschäftsvorstand maßgebend, möglichst hohe Dividenden zu erzielen, indem das Kapital nicht der eigentlichen Substanz entsprach, also viel niedriger gehalten wird, da die Höhe der Dividende von der Größe des Kapitals abhängt. Das ist ein Grund, den die Textilindustrie schon vor dem Kriege kannte. (Siehe die in vielen Fällen 10, 12, 15 und 20 Proz. betragende Dividende 1913, und das selbst bei nicht großen Betrieben niedrig gehaltene Kapital.) Diese Methode wurde bei der Umstellung auf Goldmark angewandt, indem bedeutende Vermögensgegenstände (z. B. Maschinen, Gebäude, Grundstücke, Patente usw.) äußerst gering, in vielen Fällen mit 1 Goldmark in die Aktiven eingeleitet wurden.

Der Arbeitnehmer ist an der von uns dargelegten Praxis der Goldbilanzierung insofern interessiert, als sie den größten Einfluß auf die Ausgestaltung des Betriebes, die Preisgestaltung des Produktes und die Höhe des Lohnes haben muß. Die durch die geringe Bewertung erfolgte Bildung von stillen Reserven, die der Dividende zugute kommen, verhindert automatisch eine genügende Abschreibung, die zur Erneuerung der Anlagen notwendig ist. Der Erfolg wird sein, daß man einige Zeit mit künstlich hohen Dividenden die Reserven aufrecht erhält, dann aber, wenn die Modernisierung des Betriebes und Rationalisierung der Produktion unterbleibt und die Kapazitätsfähigkeit einschränkt, zu Gewaltempfehlungen greifen muß, um nun mit einem Mal jene Erneuerungen durchzuführen (d. h. Kapital zu beschaffen), die infolge der Dividendenpolitik unterbleiben. Da man die Preise aber aus Gründen der Konkurrenz und der Preisrelation nicht beliebig erhöhen kann, um so das nötige Erneuerungskapital aus den Preisen zu beschaffen, wird der Kapitalismus tun, was er bisher immer tat, zum mindesten verzieht: Er wird die nötigen Mittel durch Zinsen und Zinseszinsen beschaffen. Zwischen Dividende und Lohnhöhe haben stets Verbindungen bestanden, weshalb die Betriebsräte usw. auch in der Textilindustrie klug tun, die Goldumstellung im Auge zu behalten.

### Der Industrieschutzverband gegen das Washingtoner Achtstundenabkommen.

Die deutsche Konfektion meidet, daß der deutsche Industrieverband, dem mehr als 10 000 Industriebetriebe angeschlossen sind, der Reichsregierung einen scharfen Protest gegen die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über die Arbeitszeit unterbreitet hat. Es wird in demselben gesagt, „daß in anderen Ländern die Industriebetriebe lange nicht steuerlich so belastet sind als in Deutschland. Das Abkommen steht auch für bestimmte Länder, wie Japan und Britisch-Indien, Ausnahmestimmungen vor, die Deutschland für sich nicht erreichen kann. Die Schwächung des deutschen Wettbewerbes wird weitere Fortschritte nach r. Infolge der bedrückenden wirtschaftlichen Lage Deutschlands wird die Reichsregierung dringend ersucht, von der Ratifizierung Abstand zu nehmen.“

Nun natürlich, es wäre ja ganz gegen die prinzipielle Auffassung des Industrieschutzverbandes, wenn er sich nicht gegen die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über die Arbeitszeit wendete. Daß die Industrie in Deutschland in Zukunft auch Steuern bezahlen soll, ist ja geradezu „ungehörlich“. Daß aber dadurch der deutsche Wettbewerb unterbunden sein soll, das ist eine Entdeckung, die nur ein profitflüsteres Unternehmertum machen kann, welches bisher immer verstanden hat, lediglich die deutsche Arbeiterkraft zum Baustein der Gesellschaft zu machen. Die deutsche Arbeiterkraft wird jedenfalls auch dem Industrieschutzverband einen Strich durch die Rechnung machen, so daß dessen „die Bestrebungen“ zu Wasser

werden. Die Textilarbeiterkraft wird jedenfalls ihrerseits alles tun, um die Regierung zu zwingen, daß das Washingtoner Achtstundenabkommen ratifiziert wird. Der 7. Dezember wird schon den Beweis dafür bringen, daß die deutsche Arbeiterkraft nicht auf den Achtstundentag verzichtet.

### Der Beschäftigungsgrad in der deutschen Textilindustrie Ende Oktober 1924.

Der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie hat sich, gemessen an der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahl unseres Verbandes, auch im Monat Oktober gebessert.

Nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die eingetretene Besserung.

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Zusammen	
	Proz.	absolut	Proz.	absolut	Proz.	absolut
im September	21 933	6,8	66 369	20,7	118 802	30,4
„ Oktober	20 093	6,4	66 845	21,0	66 438	27,4

Die Osterlegung der Kurzarbeitenden Mitglieder nach der Dauer der Arbeitszeitverlängerung ergab folgendes Bild:

Die wöchentliche Arbeitszeit war in der Schwäche verfürzt

	in Kurzarbeitenden		mit Kurzarbeitenden		in der wöchentlichen	
	Arbeitszeit	absolut	Arbeitszeit	absolut	Arbeitszeit	absolut
um 1—8 Stunden	414	9 454	14 558	24 007	7,6	8,0
„ 9—16 „	446	8 126	18 133	21 259	6,7	10,2
„ 17—24 „	288	6 055	9 913	15 968	5,1	8,1
„ 25 u. mehr „	146	2 101	8 007	5 111	1,6	8,4
Insgesamt	1290	25 739	40 606	66 345	21,0	20,7

Den Umfang der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in den einzelnen Gauen unseres Verbandes veranschaulicht nachstehende Tabelle: Es waren vom Hundert der berichtenden Verbandsmitglieder

im Gau	Arbeitslose	Kurzarbeiter	Zusammen
	absolut	absolut	absolut
Hannover	9,8	9,6	21,8
Kassel	9,0	8,6	10,8
Barmen	10,8	12,3	22,5
Stuttgart	1,7	3,6	8,0
Augsburg	9,9	8,0	24,9
Gera	5,4	5,2	6,1
Dresden	6,8	7,0	10,9
Biegnitz	4,0	2,6	22,1
Berlin	4,1	4,6	82,0
Verband insges.	6,4	6,8	21,0
			29,7
			27,4
			36,4

Der Gau Barmen, der das Rheinland und Westfalen umfaßt, und der Gau Augsburg, der sich auf Bayern erstreckt, haben somit nach am meisten unter der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu leiden. Es folgen die Gauen Berlin, Hannover, Dresden, Biegnitz, Kassel und Gera. Am besten beschäftigt ist der Gau Stuttgart, der Württemberg und Baden umfaßt.

Im allgemeinen betrachtet, kann man auch jetzt noch nicht von einer vollen Entwicklung des Geschäftsganges sprechen. Vergleicht man aber den jetzigen Umfang der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit mit dem vor drei bis vier Monaten, so kann man sagen, daß die Klärung der außenpolitischen Lage, nach erfolgter Annahme des Londoner Paktens, doch zur Belebung unserer Wirtschaft beigetragen hat.

Tausende und aber Tausende gehen jedoch immer noch müßig. Mit Entsetzen sehen jene Arbeitsbrüder und -Schwestern, die nur zum Teil beschäftigt oder gar nur auf die kümmerliche Erbschaftenunterstützung angewiesen sind, den rauhen Winter herannahen. Entsetzen packt alle, wenn sie daran denken, wie grauhaft es ist, nicht allein die Kinder nicht sättigen zu können, sondern sie auch noch der Kälte auszuliefern. Es ist daher unbedingt notwendig, daß in erster Linie die Erwerbslosenunterstützung erhöht und die Kurzarbeiterunterstützung wieder eingeführt wird. Des weiteren muß aber auch mit allen zu Gebote stehenden Mitteln daran gearbeitet werden, unter gesamtes Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, damit die Arbeitslosen, die heute noch unfreiwillig feiern, wieder ihren Platz am Spinnrad oder Webstuhl einnehmen können. Erste Voraussetzung dafür ist eine Fortsetzung des bisherigen Kurzes in der deutschen Außenpolitik, des weiteren geregelte innere Verhältnisse.

Es ist daher angebracht, auch in diesem Zusammenhang an die bevorstehenden Wahlen zu erinnern, wo ein Jeder durch seine Stimmenabgabe über sein Schicksal selbst mitbestimmen kann. Wir warnen daher alle unsere Kollegen und Kollegeninnen, die heute noch dem Elend der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ausgeliefert sind, den Worten jener Phrasen zu folgen, die da glauben, durch sinnlose Putzereien der verzweifelten Masse zu helfen. Nur allzuoft haben wir erlebt, daß jene „Auchpolitiker“, die nach den Anweisungen der Sozialer Zentrale die Erwerbslosen aufzufuchen und zu Unbesonnenheiten anreizten, viele Tausende dadurch in noch größeres Elend hineingeführt haben. Nein, nicht durch sinnlose Putzereien und Gewaltakte, nicht durch Stürme von Lebensmittelfäden ist den bedauernswerten Opfern der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu helfen, sondern durch positive Arbeit in den gesetzgebenden Körperschaften, in den Parlamenten. Eine Politik muß getrieben werden, die vorantreibt werden kann gegenüber dem ganzen Volk. Nicht Revanche- und Kriegsgedächtnis kann die deutsche Wirtschaft wieder zum Aufblühen bringen, sondern friedliche Verständigung mit jenen Ländern, die eben als unsere Feinde waren. Es hat sich in den letzten Monaten deutlich erwiesen, daß dieser Weg der einzig richtige ist, und unserem Volk nur zum Vorteil gereicht. Die Belebung des Geschäftsganges in den letzten Monaten ist zum großen Teil, wie schon erwähnt, auf die Annahme des Londoner Abkommens zurückzuführen. Fortschreiten auf diesem Wege ist die beste Garantie dafür, daß bald erneut Tausende von Arbeitsbrüder und -Schwestern an ihren alten Arbeitsplätzen zurückkehren können. Bis dahin aber unermüdet Kampf um Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung und Ausbau der gesamten Sozialpolitik überhaupt. Dies ist das Ziel der Gewerkschaften und der mit diesen eng verbundenen sozialdemokratischen Partei.

Kollegen und Kolleginnen! Ihr habt es selbst in der Hand, am kommenden Wahltage Euer Schicksal zu ändern. Mannigfaltig sind die Versprechungen der einzelnen Parteien, die in ihrem Liebesworte auch um Eure Stimme buhlen. Denkt daran, daß die reaktionären Parteien aller Schattierungen stets gegen eine angemessene Unterstützung der Erwerbslosen — doch ihrer eigenen Opfer — gestimmt haben. Erinnert Euch, daß es die deutschnationale Volkspartei — die ausgesprochene Vertreterin der Großgrundbesitzer — ist, die Euer Brot durch Einführung von Schutzzöllen noch weiter verteuern will. Erinnert Euch auch jener Vertreter der Schwerindustrie, die sich in der Deutschen Volkspartei verkörpern, in welcher verächtlichem Ton sie oft von den Arbeitslosen gesprochen haben. Geht auch jenen „Rationalisten“, die sich um Wunderricht und Hitler scharen, und jenen Parolenhiebenden um Rath und Schöten, den Kommunisten, die sich in zahllosen Fällen als Helfershelfer unserer arbeitslosen Feinde erwiesen haben, die richtige Antwort. Geht und wirkt dafür, daß diejenige Partei, die im Verein mit den Gewerkschaften schon stets für Euch eingetreten ist und Euch auf Erfolg an ihre Fahnen gehet, auch in diesem Ringen als Sieger hervorgeht. Macht den Wahltag zum Jahrtag, indem Ihr am 7. Dezember sozialdemokratisch wählt.

M. Br.

# Frauen-, Jugend- und Betriebsräteteil

## Besuch der Heimvolkshochschule in Tinz.

Die immer schwieriger sich gestaltenden wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern auch von denen, die als Funktionäre der Gewerkschaften sich betätigen, ein um vieles umfangreicheres Wissen als früher. Wer im Interesse seiner Mitkollegen sich betätigen und aufklärend wirken will, muß schon über ein bestimmtes Maß von Wissen verfügen. Das Hineinwachsen in die Aufgaben, wie vor 20 bis 25 Jahren bei ruhiger Entwicklung, ist in unserer raschlebigen Zeit nicht mehr möglich. Täglich erheben neue Aufgaben. Ihnen gerecht zu werden, ist eine Kenntnis der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, der Gesellschaftsentwicklung und der sich daraus ergebenden Erfordernisse für Gewerkschaftsfunktionäre unerlässlich erforderlich.

Dieser Erkenntnis verdanken auch die verschiedenen Wirtschaftsschulen ihre Entstehung. Sie werden zum Teil von den Gewerkschaften erhalten, zum Teil erhalten sie Staatsausfluß. Für den Besuch jeder Schule ist neben vorhandener Intelligenz, wie sie zur Aufnahme eines umfangreichen Lehrplans erforderlich ist, auch ein bestimmtes Maß von Vorkenntnissen erforderlich.

Die Heimvolkshochschule Tinz beherbergt gegenwärtig einen Arbeiterinnenkursus. Die Schule ist in einem ehemals fürstlichen Parkschloß untergebracht, welches in einem großen Park gelegen ist. Die Schülerinnen sind dort im Internat, sie erhalten Unterkunft und Verpflegung von der Schule. Der Lehrplan umfasst alles, was Gewerkschafts- und Parteifunktionärinnen zu wissen notwendig ist für ihre Betätigung. Er bildet sozusagen die Vorstufe für die Wirtschaftsschulen und die Akademie der Arbeit. 50 Schülerinnen aus den verschiedensten Teilen des Reiches sind bei Weihnacht in Tinz in einer Arbeits- und Lebensgemeinschaft untergebracht. Sie widmen sich mit einem außerordentlichen Eifer dem Studium. Von diesen Schülerinnen entfallen 6 auf den Metallarbeiterverband, 2 auf den Textilarbeiterverband, je 1 auf den Buchbinderverband und den Holzarbeiterverband, 1 entfällt die Stadt Gera, die eine Freistelle in der Schule hat, 12 wurden vom Reichsausschuß und von der Sozialdemokratischen Partei entsandt, 27 besuchen die Schule auf eigene Kosten. Es ist jedenfalls erfreulich für unsere Zukunftsaussichten, daß sich eine solche Zahl junger Mädchen, die sich zum Teil das Geld dazu erpart haben, fünf Monate in eine Schule begeben, um dort das zu lernen, was zur Betätigung für die Allgemeinheit erforderlich ist. Ein Beweis dafür, daß ein Teil der heranwachsenden Jugend doch etwas anderes in sein Leben hineinbringt und nicht nur Genüde darin findet, von Vergnügen zu Vergnügen zu taumeln.

Wo so viel Jugend beisammen ist, geht es natürlich außerhalb der Schulstunden lebhaft zu. In den Schulstunden ist jede Schülerin durchaus bei der Sache. Der Lehrplan steht neben wissenschaftlichen Gebieten auch schöne Künste vor, Literatur und Kunst. Die Schülerinnen werden mit der Technik der Kunstwerke bekanntgemacht, sie lernen Bild- und graphische Darstellungen „sehen“, Lichtbilder unterfassen wirksam den Vortragenden.

Neben den drei ständigen Lehrern amtierend auch Gastlehrer und Beherinnen, die während ihrer Anwesenheit ebenfalls im Hause verbleiben.

Nach Schluß der Schulstunden herrscht ein fröhliches Treiben. An den Nachmittagen nimmt immer einer der Lehrer teil. Die Verpflegung ist einfach, aber gut und reichlich, das Wohnsausen der Schülerinnen bestreift auch ihre Zweckmäßigkeit. Auf Körperkultur wird ebenfalls Wert gelegt. Gymnastische Übungen unter fachmännischer Leitung. Arbeit spielt in Haus, Küche und Garten gewöhnlich die dem Körper notwendige Bewegung. In bestimmten Zeiträumen werden auch Wanderungen in den Thüringer Wald unternommen, welche den Betätigten neben den Schönheiten der Natur auch die Stätten der Kultur näherbringen.

Das Leben in Tinz bietet, wie ersichtlich, den Schülerinnen auch außerhalb des Schulplans vielseitige Anregung. Die Lebensgemeinschaft im Wirken und Handeln, die in der Arbeit für die Höherentwicklung der arbeitenden Menschheit ihren Ausdruck findet. In dieser Gemeinschaftsarbeit werden künftig in weit höherem Maße als bisher die Frauen teilnehmen müssen. Die jetzt in Tinz ausgebildeten jungen Arbeiterinnen und Angestellten werden die Bezeichnung, die ihnen Tinz gibt, in ihrem künftigen Tätigkeitsgebiet zur Auswirkung kommen lassen. So werden nicht nur sie selbst, sondern durch sie auch andere Gewinn davon haben. Nebenbei wird allen Kursusleiterinnen der Tinzler Aufenthalt eine lebendige Erinnerung sein. Wie gut sie sich dort eingelebt haben, beweisen die Worte, die man von allen hört: „Unter trautes Tinz.“

## Beachtliches für die kommenden Wahlen.

Der kürzlich aufgefökte Reichstag war wohl der arbeiterteindlichste, der uns in der Nachkriegszeit befehrt wurde. Daß er so aufgenommengeleht war, ist zum weitaus größten Teil Schuld der Frauen, die, obwohl unter den drückenden Verhältnissen am schwersten lebend, immer noch ihre Stimmen bei der Wahl für die Gelde der Arbeiterkraft abgaben. Das muß anders werden!

Zugleich mit der Reichstagswahl werden auch in einigen Staaten die Landtagswahlen vollzogen. Auch die Zusammenlegung der Landtage war alles andere als arbeiterteindlich. Auch in ihnen hat die Uebermacht der reaktionären Parteien jede fortschrittliche Entwicklung zum Nutzen des arbeitenden Volkes verhindert.

Nach der Reichsverfassung sind „für den Zugang Minderbemittelter zu den mittleren und höheren Schulen“ durch das Reich, die Länder und Gemeinden, „Erziehungsbefähigten für die Eltern von Kindern bereitzustellen, die zur Ausbildung auf diesen Schulen für geeignet gehalten werden“. Nach einem Erlaß des preussischen Unterrichtsministers Brecht hat das Reich zu wenig Mittel zur Verfügung gestellt, daß sie nicht einmal ausreichen, um auch nur je einen Schüler zu bedenken. Die Regierung scheint sich darüber keine besonderen Gedanken zu machen. Sie hat augenscheinlich kein Interesse an der geistigen Hebung der unteren Volksschichten. Sie hätte doch vielmehr durch Sparmaßnahmen an anderen Stellen die Mittel zur „Erziehungsbefähigung“ bereitstellen können. Warum hat sie nicht beim Militärretat durch Verringerung der Zahl der Pferde der Reichswehr gespart? Wie am 28. Juli die „Welt am Montag“ nachgewiesen hat, kamen im Jahre 1913 auf 10 Soldaten 2 Pferde, jetzt aber 4. Ist die Vermehrung der Pferde dem Volkswohl nützlicher als die Heranbildung eines geistig hochwertigen Nachwuchses des Volkes?

Frauen, der größte aller Freistaaten, ist auch heute noch der Hort der schlimmsten Reaktion. Einige Beispiele mögen den Kolleginnen, die für Frauen zu wählen haben, zeigen, wie wenig der preussischen Regierung an dem Fortschreiten der Volkswirtschaft gelegen ist.

Im Voranschlag des Etats im Preussischen Landtag sind nach der „Jungen Gemeinde“ vom 3. Juli 1924 eingelegt: für Säuglingsfürsorge 100 000 M., für Jungensfürsorge 800 000 M., für Gesundheitsfürsorge 4 500 000 M., und für — Werdelpost 23 000 000 M. Für fürsorgereiche Maßnahmen ist kein Geld vorhanden. Für den Werdelpost aber, dem nur die reichen Nichtsteuerer können, ist viel Geld vorhanden. Mit diesem Voranschlag hat die Preussische Regierung zum Ausdruck gebracht, daß ihr ein Pferd 23mal so wertvoll ist wie ein Säugling.

Textilarbeiterinnen, merkt euch diese anageführten Beispiele! Schafft Aufmerksamkeit über die Misshandlung des Volkes durch die reaktionären Parteien, die immer wieder um eure Gunst buhlen! Sorgt dafür, daß sie nie wieder schamlosen Volksbetrug ausüben können!

Wählt am 7. Dezember sozialdemokratisch!

## Der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker.

Der Bildungsverband deutscher Buchdrucker ist eine Organisation, die neben dem Buchdruckerverband besteht. Diese Sonderorganisation hängt damit zusammen, daß früher der Verband wenig Verständnis für Bildungsfragen zeigte und daß dann organisierte Buchdrucker, die die weittragende Bedeutung der Bildungsfragen erkannten, sich auf eigene Faust ein Werk machten. Heute arbeitet der Bildungsverband mit dem Buchdruckerverband aufs engste zusammen; zumeist besteht zwischen beiden Organisationen Personalfusion; im Bildungsverband sind nur organisierte Mitglieder des Buchdruckerverbandes. Der Bildungsverband erbt eigene Beiträge, das tut er, um seinen Mitgliedern das Gefühl beizubringen, daß sie mit der Leistung ihres regelmäßigen Verbandsbeitrages das, was ihnen in Hinsicht auf Fortbildung geboten wird, noch nicht abgekauft haben. Sie sollen die Empfindung haben, daß sie dort, wo sie Gewinn ziehen, auch zu Opfern verpflichtet sind.

Der Bildungsverband gliedert sich heute in 350 Ortsgruppen, die in 17 Kreise aufammengefaßt sind. Wo 10 organisierte Buchdrucker beschäftigt sind, wird in der Regel versucht, eine Ortsgruppe des Bildungsverbandes zu gründen.

Der Bildungsverband ist der Ueberzeugung, daß den Arbeitern ein geistiger und gemüthlicher Anhalt dadurch gegeben werden kann, daß der Berufsgehande gepflegt, das Berufsgewußt erweckt, die berufliche Vervollkommenung gefördert wird. Dabei soll jedoch der Arbeiter nicht in den engen Schranken seines beruflichen Berufes festgehalten werden; er soll auch in die allgemeinen Zusammenhänge volkswirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Art hineinsehen; das Hineinwachsen in diese Zusammenhänge aber soll ausgehen von seinem beruflichen Lebenskreis und immer in Verbindung mit diesem beruflichen Lebenskreis bleiben.

Der Bildungsverband legt von vornherein Wert auf einen geeigneten Nachwuchs. Er widmet sich aus diesem Grunde der Berufsberatung und bemüht sich insbesondere, in Berufsberatungsgestalten seine Vertrauensleute hineinzu bekommen.

Der Ausbildung der Beherlinge wird besondere Sorgfalt zugewandt. Die Lehrkräfte erhalten nicht das Verbandsorgan, den „Korrespondenten“, sondern ein eigenes gewerkschaftliches Blatt, den „Jungbuchdrucker“. Neben diesem gewerkschaftlichen „Jungbuchdrucker“ wird noch ein fachtechnischer „Jungbuchdrucker“ herausgegeben, der Frauen des Berufs und der Technik behandelt. Dieser fachtechnische Jungbuchdrucker ist inhaltlich derart lehrreich, daß auch die Gelehrten sich nach ihm greifen.

Am Eise eines jeden Ganges wirkt ein nebenamtlicher Beherlingsleiter, der der Organisation und der Ausbildung der Beherlinge sich zu widmen hat.

Der Bildungsverband legt höchstes Gewicht auf die Durchführung systematischer Kurse. Diese Kurse, die sich über längere Zeiträume hin erstrecken, finden in der Regel wöchentlich nur einmal statt; um Ermüdungserscheinungen zu vermeiden, beträgt die jeweilige Unterrichtsdauer 1, höchstens 2 Stunden. Diese Kurse gliedern sich nach den verschiedenen Berufsarten. Es gibt Kurse für Setzer, für Maschinenleger, für Drucker und Stereotypenre.

In jedem Kurse wird ungefähr in folgender Weise verfahren: Man behandelt die verschiedenen Sagen, setzt die Möglichkeiten der Schriftentwicklung, führt in den Stand der Maschinenmechanik ein, behandelt die Aufgabe des reinen Buchdruckerberufes, gibt Einblick in die Preisverhältnisse und endet schließlich mit einer Darstellung der Rolle, die das Buchdruckerberufes in der Gesamtheit des wirtschaftlichen öffentlichen Lebens spielt. So schließt der Kursus von dem Thema der einfachen Scharf bis zur Varietätswissenschaft, ja zur Volkswissenschaft fort. Unterrichtsziel ist, dem Schüler eine Arbeit über die gesamten Verhältnisse seines Berufes zu geben, so daß er auch in der Lage ist, bei seinen Lohnanprüchen von einer genauen Kenntnis der Produktionskosten und der Konkurrenz auszugehen.

Diese Kurse werden besetzt von Beherlungen der Betriebe. Hier bei diesen Beherlungen lernt er die Fortschritte der Technik aus eigener Anschauung kennen. Sein Bild wird erweitert, er erhält Vergleichsmassstäbe.

Die Entwürfe und sonstigen Erzeugnisse, die die fortstrebenden Buchdrucker für sich herstellen, werden in Ausstellungen der Allgemeinheit ausgestellt gemacht. Diese Ausstellungen wirken fördernd und anspornend für den Buchdruckerwachstums selbst.

Von Seiten des Bildungsverbandes werden jährliche Studienfahrten organisiert. Diese Studienfahrten finden statt, wenn die Buchdrucker ihre Ferien haben. Sie haben eine Dauer von 8 Tagen. An den Orten, die berührt werden, werden Kommissionen gebildet, die das Programm festzusetzen haben, auf Grund dessen in kürzester Zeit ohne Notwendigkeit alles wesentliche angesehen werden kann. Diese Kommission hat sich auch für billige Unterkunft zu bemühen.

Um die Gelder für diese Studienfahrten aufzubringen, richtet der Bildungsverband eine Reihe Spartkassen ein, in welche die Buchdrucker, die beabsichtigen, sich an Studienfahrten zu beteiligen, Ersparnisse einzahlen.

Neben den regelmäßigen Kursen werden zuweilen auch Vorträge über besonders interessante berufstechnische Einzelfragen abgehalten.

Die Ortsgruppen des Bildungsverbandes sind auch bestrebt, die gesellschaftlichen und festlichen Veranstaltungen der Buchdrucker auf ein gewisses höheres Niveau zu bringen.

Der Bildungsverband, der früher zuweilen auch Kräfte der Fachschule heranzog, hält heute daran fest, als Lehrkräfte nur Mitglieder des Verbandes zu verwenden. Er ist in der glücklichen Lage, eine ganze Reihe solcher Lehrkräfte zu besitzen, die zuweilen auch an Samstagen und Sonntagen in die weitere Umgebung hinausgehen, z. B. von München aus in kleinere Landstädte, um dort Kurse durchzuführen.

Ein ausgezeichnetes fachliches Organ sind die typographischen Mitteilungen. Diese typographischen Mitteilungen unterrichten nicht nur über die Fortschritte des Buchdruckerberufes, sondern nehmen selbst technische Versuche der Buchdrucker auf, bringen sie der Gesamtheit der Kollegenschaft zu Gesicht, sehen sie einer Kritik durch die Kollegenschaft aus. Diese typographischen Mitteilungen werden gegenwärtig in einer Auflage von 20 000 Stück verbreitet; sie haben, wie ich mich überzeugt habe, einen sehr bedeutenden kunstgewerblichen Wert. Ihre anregenden Wirkungen sind nicht hoch genug einzuschätzen. Um das Interesse, das an und für sich vorhanden ist, anzufeuern, achtet der Bildungsverband darauf, daß alle seine Mitarbeiter für ihre Beherfendigungen recht gut honoriert werden.

Gegenwärtig ist der Bildungsverband dabei, eine Bücherliste einzurichten, das heißt, einen Kreis, dessen Mitglieder monatlich 75 Pf. bezahlen, wofür sie jährlich 4 ausgezeichnete Bücher erhalten sollen.

Jährlich gibt der Bildungsverband einen künstlerisch gut ausgeführten Kalender heraus.

Die Mitglieder des Bildungsverbandes zahlen wöchentlich 20 Pf. Aus den eingehenden Beiträgen liefern die Ortsgruppen monatlich pro Kopf an die Bildungszentrale 50 Pf. ab. Von diesen 50 Pf.

werden 30 Pf. als Entgelt für die monatlich erscheinenden typographischen Mitteilungen verwendet, 20 Pf. dienen zur Finanzierung der zentralen organisatorischen Bedürfnisse. Der Bildungsverband, der eine eigene Druckerei und einen eigenen Verlag hat, wirtschaftet daraus so viel Ueberflüsse, daß er für bildnerische Aufgaben Mittel zur Verfügung stellen kann.

Der Bildungsverband gibt zur Ausbildung des Buchdruckerwachstums Fachbücher heraus. Bisher waren diese Fachbücher in bürgerlichen Verlagen erschienen. In einer Reihe von Berufszweigen ist jedoch die Konkurrenz der bürgerlichen Verlage ausgeschaltet.

## § 7 Abs. 2 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezbr. 1923 im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat.

Nach § 7 Abs. 2 der Verordnung über die Arbeitszeit bestimmt der Reichsarbeitsminister, für welche Gewerbebezüge oder Gruppen von Arbeitnehmern die in Abs. 1 vorgezeichneten Bestimmungen Platz greift.

Der Reichsarbeitsminister hat Ende Juli nach den von den Landesregierungen gemachten Vorschlägen ein Verzeichnis der Arbeitszeit für die Regelung am betriebliehen erscheinenden Gewerbebezüge und Arbeitergruppen dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Beauftragung überwiesen. Es soll dabei vorbehalten bleiben, in der Folgezeit das Verzeichnis abzuändern bzw. zu ergänzen.

Der sozialpolitische Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats wählte einen Arbeitsauschuß von 12 Mitgliedern und beschloß gleichzeitig, mit der Beratung des Verzeichnisses so lange auszuweichen, bis die dazu gehörige Verordnung vorliegt. Ferner sollten im Arbeitsauschuß Sachverständige gehört und eventuell Betriebsbeschäftigten durch den Ausschuß vorgenommen werden.

In der Generaldebatte des sozialpolitischen Ausschusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats ergab sich klar die Stellungnahme der Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Die Arbeitgebervertreter machten der Regierung den Vorwurf, daß es unerantwortlich sei, in der jetzigen Zeit, wo die Industrie sich in schwerer Krise befindet, ihr mit einer derartigen Arbeitszeitbeschränkung, wie im § 7 der Arbeitszeitverordnung vorgelesen, zu kommen. In dieser Auffassung wurden die Vertreter der Abteilung III unterstützt. Die Arbeitnehmervertreter dagegen waren der Auffassung, daß das Verzeichnis nicht weitgehend genug sei und stellen Änderungsanträge in Aussicht.

Am 16. Oktober hat, nachdem die Verordnung eingegangen ist, die erste Sitzung des Arbeitsauschusses stattgefunden. Inzwischen war ein Schreiben des Reichsarbeitsministers eingegangen, wonach die Arbeiter in Hochöfenwerken, in Verfertigungs- und Rohverarbeitungsbetrieben in erster Linie vorweg behandelt werden sollen, da gegen ein Fortbestehen der zwölfwöchentlichen Schichten auf längere Dauer in denjenigen kontinuierlichen Betrieben, die auch Sonntags arbeiten müssen, die allerhöchsten Bedenken bestehen.

Der Ausschuß beschloß eine Besichtigung solcher Betriebe und eventuell anschließend von Kupfer- und Zinkbetrieben in der Woche vom 2. bis 8. November unter Hinzuziehung von Sachverständigen und einer Vertretung des für den Betrieb in Betracht kommenden Betriebsrats.

Einem Antrag der Arbeitnehmervertreter, inzwischen im Ausschuß die Verordnung durchzuarbeiten, widersprachen die Arbeitgeber, weil nach ihrer Ansicht, um Wiederholungen zu vermeiden, die Beratung der Verordnung erst nach Erledigung des Verzeichnisses zweckmäßig sei. Gleichzeitig kündigten sie eine Reihe von Änderungsanträgen für die Verordnung an. Nach längerer Diskussion erklärten die Arbeitgebervertreter sich damit einverstanden, am 30. Oktober im Arbeitsauschuß die Generaldebatte über die Verordnung durchzuführen. Von den Arbeitnehmervertretern sind Änderungsanträge in erheblichem Umfange eingebracht worden.

(Aus der „Gewerkschaftszeitung“.)

## Hinein in den „Bücherkreis“!

Eine vom arbeitenden Deutschland seit langem angestrebte Einrichtung ist hoffnungsreiche Wirklichkeit geworden: „Der Bücherkreis“ hat sich gebildet.

Was ist „Der Bücherkreis“?

Er ist eine Gelegenheit des billigen Bezuges von Büchern, deren Inhalt den besonderen Wünschen der wertfähigen Bevölkerung der Republik entspricht. Das Verlangen, außer der politisch informierenden Literatur, deren Nachfrage die Bücher des Minderbemittelten angeht, auch Werke der schönen Literatur sowie Werke wissenschaftlichen und kulturgeschichtlichen Inhalts zu gleich billigen Preisen der Arbeiterkraft an die Hand zu geben, war oft geäußert worden. Welche Kreise wollen außer der politischen auch eine zunehmende Information über die Ergebnisse der neueren wissenschaftlichen Forschungen haben, sie wollen ferner in lebendigen Darstellungen das Kulturleben vergangener Epochen vermittelt haben, sie wollen schließlich mit dem dichterischen Schaffen der ersten Autoren unserer Zeit in Verbindung treten, fern dieses Schaffens ihrem Denken und Fühlen entspricht. „Der Bücherkreis“ stellt die sichere und materielle Grundlage für das in dieser Richtung so begehrtete Bildungsvermögen dar. Der Beitrag von 1 M. pro Monat werden den Teilnehmern — zunächst — vier Bücher des gekennzeichneten Inhalts geliefert. Auch rein äußerlich werden die zur Ausgabe kommenden Werke allen Anforderungen des Geschmacks genügen.

Ist „Der Bücherkreis“ so zunächst eine Organisation des billigen Bücherbezuges, so ist er da über hinaus eine Einrichtung von besonderer kultureller Bedeutung insofern, als er einen Gedanken vermittelt, der gleichfalls oft, zuletzt auf der Leipziger Kulturwoche, entwirrt worden ist. Er stellt eine Art kultureller Arbeitsgemeinschaft zwischen der Arbeiterkraft und dem für sie tätigen Kreis der Wissenschaftler und Dichter dar; die Mitglieder des Bücherkreises sollen ihre Wünsche hinsichtlich des speziellen Stoffinhalts der Bücher äußern, sie sollen in einer besonderen Rubrik der Monatschrift „Der Bücherkreis“ ihre Gedanken über die ausgegebenen Werke zum Ausdruck bringen, sie sollen Anregung geben, sie sollen Debatten in Fluß bringen, sie sollen eine fruchtbringende Wechselwirkung zwischen Autorität und Leserschaft herbeiführen. Der demokratische Prozess der Zeit wird im „Bücherkreis“ auf ein Gebiet übertragen, auf dem es bisher nicht in Erscheinung getreten ist.

Dem literarischen Beitrag des „Bücherkreises“ gehören an: Martin Andersen Nexö, Hans Baluschek, Arno Holz, Paul Kampffmeyer, Karl Hensell (München).

Die Ausgabe des ersten Wertes erfolgt im Dezember dieses Jahres. Eine Reihe von Zahlstellen des „Bücherkreises“ ist bereits in allen Teilen Deutschlands eingerichtet worden.

Wo noch keine Zahlstelle geschaffen ist, ist dringend zu empfehlen, eine solche ins Leben zu rufen. Die Hauptgeschäftsstelle „Der Bücherkreis“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, ist angewiesen, beratend und durch Beherfegung mit dem nötigen Werbematerialie bei der zur Seite zu stehen. In die genannte Hauptgeschäftsstelle können auch Beitragsrückstellungen eingereicht werden.

„Der Bücherkreis“ ist ein Ausdruck des Kulturwillens des arbeitenden Volkes.

Es ist nötig, seinen Ausbau zu fördern!

### Die Industrie und das Dawes-Regime.

Eine Kundgebung der Spitzenorganisationen.

Der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen wir folgenden Bericht:

Die Grundlagen der deutschen Wirtschaft unter dem Dawes-Abkommen wurden in einer gemeinsamen Tagung behandelt, die der Hauptausschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der große Ausschuß der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung aus allen Gebieten des Reiches am 12. November im Plenarsitzungsraum des Reichswirtschaftsrates abgehalten haben.

Ueber den Stand der deutschen Zolltarifrevision und der augenblicklichen Handelsvertragsverhandlungen sprach Fabrikbesitzer G. Müller-Derlinghausen. Er beuchtete die Schwierigkeiten der Arbeit in der achtzehnjährigen Kommission des Reichswirtschaftsrates, in der die Industrie nur zwei Mitglieder zählt. Deutschland wird, so führte der Redner aus, auf der Grundlage eines gemäßigten Zollschutzes und voller Meistbegünstigung zu verhandeln suchen. Unerlässlich sei ein neuer Zolltarif, der so schnell wie möglich durch Kabinetsbeschluss oder durch den Reichstag herausgebracht werden müsse. Deutschland, das wieder mit voller Gleichberechtigung in internationale Verhandlungen eintritt, müsse hochschützende Bestrebungen von Ländern mit denen wir in Verhandlungen stehen, entschieden entgegenstellen.

Ueber die Notwendigkeit der Steuerreform sprach Direktor Vielhaber-Essen, stellvertretender Vorsitzender des Steueraussschusses des Reichsverbandes. Die Steuerlast pro Kopf sei dreimal für manche Unternehmungen fünf- bis siebenmal so hoch wie in der Vorkriegszeit. Eine Reform sei notwendig, bis zu der großen Steuerreform kann das Wirtschaftleben nicht warten. Notwendig sei vor allem, wenn die Wirtschaft wieder in Gang gebracht werden soll, klare Scheidung der Finanzen des Reiches, der Länder und der Gemeinden, eine insbesondere die Interessen der Exportindustrie berücksichtigende Reform der Umsatzsteuer, Beseitigung des bisherigen Systems der Einkommensteuervorauszahlungen für 1925, allgemeine Einschränkung der öffentlichen Ausgaben. Generaldirektor Walbel zeigte, daß die Güter und Personentarie noch weit über den Sähen der Vorkriegszeit liegen. Andererseits sei der Stand der Eisenbahnen sehr günstig, so daß die berechnete Forderung der Industrie auf Herabsetzung der Gütertarife unbedingt erfüllt werden müsse und könne, besonders nach dem Wegfall der Rhein- und Ruhrhilfe für die ausgewiesenen Beamten und der Wiedereinbeziehung der Eisenbahnen des Ruhrgebiets. Mit Sicherheit dürfe erwartet werden, daß der Eisenbahntariff der Entente den Bestimmungen des Dawes-Gutachtens gemäß, allen begründeten Vorstellungen zur Wahrung der Interessen der deutschen Wirtschaft zugänglich sein wird.

Der Reichsminister für den letzten Punkt „Arbeitszeitfrage und Lohnpolitik“ Generaldirektor Eichberg betonte, daß unser Export vor 57 Milliarden im laufenden Jahre, dem ein Export von 8 Milliarden gegenübersteht, auf mindestens 14 Milliarden gesteigert werden müsse, wenn wir die Lasten von 2,5 Milliarden jährlich aufbringen und zugleich imstande sein sollen, die zu unserer Ernährung und für unsere Wirtschaft notwendige Importe zu bezahlen. In solcher Situation sei die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens völlig unmöglich. Zur Lohnfrage betonte Generaldirektor Eichberg, daß sie, obwohl nur ein Teil der Wirtschaftspolitik, doch von größter Bedeutung sei. Die Arbeitgeber müssten zunächst vor sich selbst als Person und Unternehmer Opfer verlangen. Dann sei das moralische Recht gegeben, von der Arbeiterschaft zu verlangen, daß sie hilft, die Wirtschaft wieder aufzurichten. Herr C. v. Borlig betonte in der Aussprache u. a., daß diese Grundzüge der Lohnpolitik die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände nicht populär machen, daß sie aber damit das Wohl des Vaterlandes vertritt.

Der Vorsitzende Dr. Sorge gab zum Schluß der Zusammentritt Ausdruck, daß die Geschlossenheit der Industrie ihr helfen werde, die schwierigen Aufgaben, die die Zukunft der deutschen Wirtschaft stellt zum guten Ende zu führen.

Wenn die Spitzenorganisation des Reichsverbandes der deutschen Industrie sich dafür einsetzt, daß ein neuer Zolltarif so schnell wie möglich geschaffen werden soll, so bedeutet dies nichts anderes, als über den Zolltarif hinweg den britischen Völkern die Kosten aus dem Dawes-Gutachten aufzubürden. Die deutsche Arbeiterschaft wird jedwede am 7. Dezember darüber fortan handelskulturbestrebungen, denn nichts anderes verbirgt sich ja hinter den Ausführungen des Fabrikbesizers Georg Müller-Derlinghausen, zunächst zu machen.

Daß der Generaldirektor Eichberg, welcher über Arbeitszeitfrage und Lohnpolitik redete, die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens für völlig unmöglich bezeichnet, ist nach Stellung der Spitzenorganisationen der deutschen Arbeiter, erklärlich. Den Lohn möglichst niedrig zu halten, die Arbeitszeit möglichst lange auszudehnen und daneben Hochschutzzölle, das ist ja die Ziele, durch welche die Arbeitgeber glauben, der Arbeiterschaft die Lasten aus dem Dawes-Abkommen aufzubürden. Die Lohnpolitik der Unternehmer zeigt ja deutlich, daß sie nicht gewillt sind, in Zukunft irgendwelche Opfer zu tragen, dafür wollen sie lediglich den Arbeiter in Bereitschaft halten.

### Arbeiter, seht euch eure Führer an!

Ein Funktionär der SPD. und der Union der Hand- und Kopfarbeiter hat der in Brandenburg erscheinenden sozialistischen Zeitung eine Zuschrift eingesandt, in welcher er u. a. folgendes schreibt:

„Die kommunistische Partei hat in Brandenburg fünf Bezirke. Der Mitgliederzuzug ist so stark, daß der stärkste Bezirk (Neuendorfer Straße und Umgegend) noch ganze 23 Mitglieder zählt; die Zahlen in den anderen Bezirken sind noch niedriger. Man schätzt richtig, wenn man die SPD. in Brandenburg auf 85 bis 90 Mitglieder schätzt, während es noch vor einem Jahre 800 gewesen sind. Die Union der Hand- und Kopfarbeiter hatte nach dem großen Streik im vergangenen Jahre 2380 Mitglieder. Vor 14 Tagen standen noch 400 Mitglieder in den Listen. Diese Zahl von 400 stimmt aber auch nicht mehr, weil in den letzten 14 Tagen ein unaufhaltbarer weiterer Schwund eingetreten ist. Ein Posten Mitgliedsbücher nach dem anderen wird auf dem Bureau abgegeben, in dem zwei Geschäftsführer sitzen und ihres Amtes warten.“

Die Arbeiter fragen: Wie kommt es, daß sich bei diesen Verhältnissen die Union überhaupt noch in Brandenburg halten kann? Das liegt daran, daß die örtliche Geschäftsstelle der Reichszentrale gegenüber mit unrichtigen Zahlen arbeitet.

Nun zu den beiden Geschäftsführern. Der Hauptkassierer heißt Nielsen. Nur ein Beispiel aus seiner Praxis: Ein Unterkassierer (der Name steht eventuell zur Verfügung) hatte 150 Mk. unterschlagen. Er gab dem Hauptkassierer Nielsen an, daß er seinen Geburtstag feiern müsse und daß er dazu etwa 60 Mk. gebrauche. Er werde deshalb die nächsten Wochen seine eingenommenen Mitgliederbeiträge nicht abliefern und ebenfalls sei er zu einer pünktlichen Abrechnung nicht in der Lage.

Die Geburtstagsfeier mit den unterschlagenen Geldern der Unionsmitglieder fand im Lokal von Speichert statt und Nielsen und die Hauptfunktionäre der SPD. und Union nahmen daran teil.

Ein weiteres Beispiel aus der Praxis des Hauptkassierers Nielsen: Zu Pfingsten wurde gesammelt, um den im Gefängnis sitzenden Unionsmitglidern Pakete zu schicken. Die jetzt zum Teil entlassenen Leute erklärten übereinstimmend, daß sie die als abgehandelt bezeichneten Pakete nie erhalten haben. Die Belege der Post darüber, daß die Pakete abgehandelt sind,

können von der Hauptkassierstelle der örtlichen Union nicht beigebracht werden.

Ein drittes Beispiel aus der Praxis des Hauptkassierers Nielsen: Unter den Belegen der Union befinden sich duzendweise Quittungen über Fahr- und Speiserechnungen für Reisen nach Berlin.

Diese Fahrten sind zum größten Teil überhaupt nicht gemacht worden.

„Ein Hauptfunktionär der SPD. ist der Hauptkassierer des Deutschen Eisenbahnverbandes Dedert. In seiner Kasse waren dreihundert Goldmark. Als sie verwendet werden sollten, hatte Dedert das ganze Geld für sich verbraucht, trotzdem er und seine Frau in Arbeit standen.“

Die Kasse war völlig leer. Dann kam die Revision. Die Sache wurde aber schnell in Ordnung gebracht. Dedert borgte sich die 300 Mk. von einem befreundeten Gastwirt und von seinem Kollegen Nielsen, dessen Bild weiter oben schon gemalt worden ist. Als die Revisoren kamen, war alles im Lot. Als Gegenleistung für die vorgeschossenen Gelder erwartete Nielsen, daß Dedert ihm ebenso aus der Verlegenheit helfen müsse, wenn bei der „Union“ einmal eine Revision stattfinden sollte.

Kann man sich wundern, daß bei solchen Zuständen die Mitglieder aus der SPD. und aus der Union herausrennen und wenn die Kassierer dauernd anstatt Geld die Mitgliedsbücher in die Hand gedrückt bekommen?“

Durch diese Veröffentlichung wird stark in den Sumpf der SPD. hineingeleuchtet. Die Arbeiterschaft sieht daran, wie ihre Interessen von jenen pervertet werden, die ständig auf die Amsterdamer Gewerkschaften schimpfen. Hoffentlich macht der Gesundungsprozeß innerhalb der deutschen Arbeiterschaft weitere Fortschritte, so daß jene arbeiterschädigende Elemente innerhalb der Arbeiterschaft keinen Boden mehr finden.

### Echt kommunistisch.

In der Berliner Ortsfiliale haben die Kommunisten feinerzeit wohl den meisten Krach verursacht. Sie haben es dahin gebracht, daß die Textilarbeiterchaft Berlins heute zum großen Teil indifferent ist. Die Folge davon ist, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Textilarbeiterschaft im Bezirk Berlin am schlechtesten innerhalb des gesamten Reiches sind. Interessant ist nun, was die kommunistische Parteizentrale der Gewerkschaftsabteilung in ihrem Bericht an ihrem letzten Parteitag über die Gruppe „Textil“ sagt. Es heißt dort:

„Die Fraktion war früher 60 Genossen stark. Drei unserer Genossen waren im Hauptvorstand, drei in der Ortsverwaltung Berlin, einer im Gauvorstand und einer im Verbandesrat. Diese Genossen verstanden nicht, ihre Arbeit in der Fraktion zu verrichten, weil sie mit der Fraktion nicht besonders eng zusammen arbeiteten. Nach dem Ausschluß von vier Genossen aus dem Verband ist die Fraktionsarbeit vollständig zusammengebrochen. Es ist jedoch jetzt gelungen, die noch organisierten Genossen wieder zu einer Fraktion zusammenzufassen.“

Der ausgeschlossene Genosse Fortkreuter hat im Laufe der letzten Monate den Versuch unternommen, die Unorganisierten zu erfassen. Diese Gruppe umfaßt ungefähr 500 Mitglieder und ist natürlich absolut bedeutungslos. Auf Grund der Komintern-Beschlüsse wird versucht, diese Gruppe schnellstens wieder mit dem DVB. zu vereinigen.“

Also Fortkreuter ist nach kommunistischer Ueberzeugung mit seinen angeblich 500 Mitgliedern absolut bedeutungslos. Das trifft genau zu in dem Kampfe um die Erreichung der „Weltrevolution“, aber auch für den wirtschaftlichen Kampf. Die Tätigkeit dieser Ausschreiberer wirkt sich bloß aus im Interesse des Kapitals, also zum Wohle der Unternehmer und zum Schaden der Textilarbeiter. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. Einige Beispiele aus der Praxis können dies am besten beweisen.

Der kommunistische Betriebsrat in der Färberei W. Riedel hat mit der Firma für die Abkündigung, in der er beschäftigt ist, einen 12stündigen Arbeitslag vereinbart gegen eine Entschädigung von 15 Mk.

In der Blüschfabrik M. A. Lehmann hat die „Klassenbewußte“ unorganisierte Arbeiterschaft mit der Firma eine Arbeitszeit vereinbart, die sich bis 11 Uhr nachts erstreckt. Der Leiter dieser Firma äußerte sich befriedigend darüber, daß er jetzt eine rein kommunistisch gefärbte Arbeiterschaft habe, von dieser könne er verlangen, was er wolle. Er fühlt sich sehr wohl, denn er hat jetzt Ruhe im Betriebe.

Letzteres ist wohl die Hauptsache; denn auch Fortkreuter hat sich seiner Firma gegenüber (Leppichfabrik G. Feibisch) handschriftlich verpflichtet, für Ruhe und Ordnung im Betriebe zu sorgen.

In der rheinisch-westfälischen Caat- und Panefabrik kam es durch kommunistische Verheerung zu einem wilden Streik. Getreu der kommunistischen Parole, „den Streik bestimmen wir ohne die Gewerkschaften“, wollte man selbst mal Strategie spielen. Der Streik brach sofort flüchtig zusammen, und die irreführende Arbeiterschaft zahlte die Kosten.

Die Kollegen ersuchen hieraus, daß die Tätigkeit der Kommunisten in den Betrieben ganz anders geartet ist, als wie sie fortgesetzt in der Öffentlichkeit zu tun behaupten. Daß Leute, die in einer solchen Weise die Interessen der Textilarbeiterchaft mit Füßen treten, noch den Mut aufbringen, über die Amsterdamer Gewerkschaften zu schimpfen, ist einfach eine starke Leistung. Es zeigt dies doch, daß, wenn die Kommunisten die Interessen der Arbeiterschaft wahrnehmen sollen, daß sie recht hilflose Stümper sind. Jedenfalls wird die Textilarbeiterchaft auch aus diesen kurzen Tatsachen die einzige richtige Lehre ziehen, sich von den Kommunisten loszulösen und dem Deutschen Textilarbeiterverband beizutreten.

Interessant ist ferner, daß durch vier Ausschüsse die Fraktionsarbeit vollständig zusammengebrochen ist. Dies beweist zur Genüge, daß die kommunistische Tätigkeit lediglich irgendwelche Früchte nicht zeitigen konnte. Sie habe durch ihre Schimpferei und Schmähungen nur die Gewerkschaften und damit die Interessen der Arbeiterschaft in schwerster Weise geschädigt.

### Kapitalistische Widerstände gegen den Sozialistischen und gewerkschaftlichen Propagandafilm.

Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wird uns hierzu geschrieben:

In Nr. 43 der „Gewerkschafts-Zeitung“ ist in einem Artikel bereits darauf hingewiesen worden, daß demnächst ein sozialistisch-gewerkschaftlicher Propagandafilm erscheinen würde. Es wurde auch angedeutet, welche Widerstände bisher der Schaffung eines solchen Films entgegengestanden haben. Nun ist der Film erschienen. Es zeigt sich aber, daß damit noch lange nicht alle Widerstände überwunden sind, sondern erst recht einsehen.

Zu dem Film selbst ist zu sagen, daß das Problem allgemein gut gelöst wurde. Der Film steht inhaltlich, künstlerisch und technisch auf einer bedeutenden Höhe, eine ganze Reihe von Einzelbildern ist sogar hervorragend schön. Darunter eine aufdringliche Tendenz alle Bilder wirken durchaus natürlich. So hat denn der Film, „Die Schmiebe“ ist sein Titel, bei den bisherigen Aufführungen in Berlin eine zum Teil geradezu enthusiastische Aufnahme bei dem Arbeiterpublikum gefunden.

Aber gerade die absolut unaufbringliche, jedoch äußerst wirksame Tendenz ist es, was die kapitalistischen Instanzen wachgerufen und die neuen Widerstände heraufbeschworen hat. In Berlin hat man zwar die Aufführung nicht mehr verhindern können. Hier läuft der

Film in 17 Theatern. Einige freilich haben versucht, die wirksame Schlußszene wenigstens zu unerschlagen. In anderen Orten des Reichs hat das Filmkapital es aber verstanden, den Widerstand der Kinobesitzer derart zu organisieren, daß ganze Landbestelle die Aufführung bis jetzt abgelehnt haben. Hier können und sollten die örtlichen Gewerkschaften zusammen mit den Ortsausschüssen eingreifen, indem sie vor den Kinobesitzern die Aufführung des Films „Die Schmiebe“ erzwingen. Es muß das überall möglich sein, da die Mehrheit der Kinobesitzer aus Arbeiterkreisen stammt. Da der Film zudem auch für die Reichstagswahl gute Aufklärungsarbeit leisten vermag, so sollten sich die Gewerkschaften dieses wirksame Propagandamittel nicht von bürgerlichen und furchtsamen Theaterbesitzern aus der Hand schlagen lassen. Wenn es gar nicht anders geht, müssen sie eigene Vorstellungen veranstalten. Sie würden sich damit zugleich auch im Kampfe gegen den vielfachen Schwund und Käsch im Film ein Verdienst erwerben, für das die Arbeiterschaft ihnen sicher danken wird.

### Berichte aus Fachkreisen.

Brandenburg a. d. H. Zurück in die Selbstständigkeit, so kann man bald sagen, wenn man die Zustände kennt, unter denen die Arbeiterinnen in der Ersten Deutschen Fein-Textearnschneiderei arbeiten müssen. Als kürzlich eine Anzahl jugendlicher Arbeiterinnen für den lärglichen Lohn von 17 Pf. pro Stunde nicht arbeiten wollten und in Bremunich in Arbeit getreten waren, wo 29 Pf. die Stunde gezahlt wurde, so erhielten sie auf Anweisung des Fabrikantenvereins von Brandenburg die Nachricht, daß sie sofort wieder nach der Zute in Brandenburg zurückkehren müssen. Die Firma in Bremunich wurde angewiesen, die Arbeiterinnen nicht zu beschäftigen, es sei denn, daß die Betriebsleitung der Zute auf ihre Tätigkeit besonders verzichtet. Raum waren die Neueinstellungen wieder erfolgt, so fanden schon wieder Lohnabzüge bei einigen Arbeiterinnen statt, weil sie angeblich zuviel verdient hatten, nämlich 19,95 Mk. in 54 Stunden. Von diesem Lohn will man nun etwa eine Mark abziehen, damit diese Arbeiterinnen mit denen gleich stehen, die schon immer weniger verdient haben. Die Arbeiterschaft wird hier durch solche Machinationen dauernd in Aufregung versetzt. Deswegen hat auch jeder Arbeitnehmer hier ganz besonders zur Gewerkschaft zu stehen und die paar Aufseherleiter zur Entscheidung zu bringen, entweder für die Betriebsleitung oder Gewerkschaft Partei zu nehmen. Eine derartige Unterbindung der Freizügigkeit durch den Fabrikantenverein ist unstatthaft und strafbar.

### Literatur.

„Wir sind jung...!“ Gedichte von Jürgen Brand. Berlin 1924. Preis kartoniert 0,35 Mk., in Halbleinen geb. 0,70 Mk. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Der Name Jürgen Brand, unter dem der frühere Bremer Lehrer, Genosse E. Sonnenmann, als Schriftsteller zeichnet, hat in der sozialistischen Arbeiterschaft einen guten Klang. Jürgen Brands Bücher, vor allem der jetzt wieder neu aufgelegte „Mittelbrock“, haben dem werktätigen Großstadtkind die Augen geöffnet für die intimen Reize der deutschen Landschaft, oder haben sie, wie das „Islandbuch“, ihre Leser in die ladende Ferne geführt und ihnen aus dem naturkundlichen Wissenschaft ihres Verfassers wer volle Kenntnisse vermittelt. Weiteren Kreisen ist unter Genosse bekannt geworden durch seinen mannhaften Kampf gegen die Schulkatzen, die ihn im Jahre 1912 als den Vorkämpfer der freiheitlichen Bremer Lehrerschaft maßregelte. Unter den Gründern, die den Vorwand zu seiner Entlassung abgaben, mußte sein Wirken in unserer sozialistischen Jugend in erster Linie herhalten. In Rede und Schrift ist Jürgen Brand unserer Jugendbewegung sozuzagen seit ihrem Entstehen als getreuer Eckart zur Seite gestanden, am unerschrockensten zu einer Zeit, als die proletarische Jugendbewegung von allen Seiten und Schergen des wilhelminischen Obrigkeitsstaats aufs brutallste verfolgt wurde. Jürgen Brand ist der Jugend aber nicht bloß als Freund und Helfer und geistiger Wegbereiter nachgegangen — auch als Dichter hat er ihrem Willen und Schreien paderden Ausdruck gegeben. Seine Eder „Wir sind jung, die Welt ist offen...“ oder „Wenn die Arbeitszeit zu Ende...“ werden von all den Tausenden unserer Jungen und Mädchen mit besonderer Vorliebe gesungen und haben sich in ihrer Echtheit und Innigkeit geradezu als Volkslieder unter unserer Jugend eingebürgert. Mit und jung in der Arbeiterklasse wird es daher mit Freude begrüßen, daß ihnen der Verlag der Sozialistischen Arbeiterjugend in einem hübsch ausgestatteten Bändchen eine Sammlung der Brandischen Gedichte und Li der vorlegt. Auch der Preis (35 und 70 Pf.) wird kein Hindernis sein, daß sich das Bändchen, das bei dem Namen des Verfassers keiner weiteren Empfehlung bedarf, bald weitester Verbreitung erfreuen wird.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 23. November ist der Beitrag für die 47. Woche fällig

Wer kann Auskunft geben über den Strider Hermann Oberstedt, geboren am 29 April 1895 in Mühlhausen i. Th. Derselbe hat sich von dort auf Wanderschaft abgemeldet. In welchem Ort und bei welchem Unternehmer arbeitet Oberstedt? Mitteilungen darüber bitten wir an Frau Rosa Oberstedt, Mühlhausen i. Th., Burgstr. 16, gelangen zu lassen.

Adressenänderungen. Gau Hannover, Hildesheim. V. Eduard Kühn, Welschenstr. 6. Gau Cassel, Hohenstraße. V. Adam Reibert, Nr. 54. K. Dorothea Heckerth, Wichmannshausen 6. Hohenstraße, Nr. 41. (Neu) Röhrla, Post Datterode, Nr. 41. V. Martha Semheim, Röhrla, Post Datterode, Nr. 41. Ditterstal

Nur für unsere Mitglieder! Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1923, gut gebunden 2,25 Mk. General v. Schönauß: Vom vorigen zum nächsten Krieg, gebunden 1,80 „ Gewerkschaften und Jugendbewegung, broschiert 0,10 „ Saktionen und Richtlinien des ADGB, broschiert 0,10 „ Ursprung der Frauenarbeit in der deutschen Textilindustrie, 2. ergänzte Auflage 0,30 „ Deutscher Textilarbeiterverband, Abt. Buchverfand, Berlin O 27, Magazinstr. 6/7.

Verlag: Karl Hüsch in Berlin Magazinstraße 6-7. - Verantwortlicher Redakteur Hugo Drexler in Berlin. - Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.